

Pressemitteilung:

Der Landesvorstand

Stellvertreter: Karsten Kranich
Pressesprecher: Thomas Schirmer

22.11.2023

Zunehmende Personalprobleme im Busverkehr der BVG erfordern insbesondere auch eine Forcierung der Straßenbahnrealisierung bis in die westlichen Randbezirke

PRO BAHN fordert

- **den Senat auf, die bestehenden Planungen für den Ausbau des Straßenbahnnetzes nicht nur zu prüfen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, sondern so zügig wie möglich fortsetzen zu lassen**
- **die Planungen nicht mehr vom bestehenden Netz aus in Richtung der westlichen Bezirke zu führen, sondern, wo erforderlich, auch umgekehrt als vorübergehende Insellösungen**

PRO BAHN Berlin-Brandenburg hat großes Verständnis und dankt der BVG für ihre Maßnahmen und Forderungen zur Stabilisierung des Busverkehrs, auch, wenn diese konkret mit einer weiteren merklichen Ausdünnung des Angebotes verbunden sind, wie dies am 17.11.2023 angekündigt wurde.

Schon jetzt gibt es selbst auf hochfrequentierten Achsen, wie der Falkenseer Chaussee in Spandau sogar im Berufsverkehr oft Lücken zwischen den Busfahrten von 15 Minuten oder mehr. Wenn dann die Fahrgäste nicht zusammenrücken, bleiben Wartende, darunter oft Familien mit Kinderwagen oder Senioren mit Rollator an den Haltestellen stehen und müssen noch länger warten.

Trotz der sinnvollen Maßnahmen und Forderungen der BVG sehen wir aber, dass in der Realität auch weiterhin viele Busfahrerstellen nicht besetzt werden können und dass das Problem in Anbetracht des Fachkräftemangels und der besonderen Herausforderungen dieses Berufs auch in Zukunft nicht kleiner sondern größer wird.

Da gerade in den westlichen Außenbezirken die Straßenbahn im Verkehrsmittelmix fehlt und so besonders viele Busfahrten diese Lücke schließen müssen, möchten wir auch dies ins Blickfeld der Verantwortlichen rücken.

Um dies zu ändern, fordern wir den Senat auf, die bestehenden Planungen für den Ausbau des Straßenbahnnetzes nicht nur zu prüfen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, sondern so zügig wie möglich fortsetzen zu lassen. Um am Beispiel Spandau zu bleiben sind dies zunächst die im Nahverkehrsplan als vordringlich aufgeführten Strecken Paulsternstraße-Gartenfeld-Rathaus

Spandau und Rathaus Spandau-Falkenhagener Feld. Auch eine Verbindung von Spandau in Richtung Heerstraße und Gatow-Kladow sollte mindestens perspektivisch berücksichtigt werden.

Alle, auch diejenigen, die weiterhin überwiegend im Individualverkehr unterwegs sein möchten oder müssen, profitieren davon, wenn sich ein großer Teil des Verkehrs so Ressourcen-schonend wie möglich abwickeln lässt. Und neben dem immer knapper werdenden Personal sind dies die in Zukunft ebenfalls existentiellen Aspekte des Klimaschutzes, der Flächeneinsparung und – Offenhaltung (statt Versiegelung) und schließlich auch wirtschaftlich die vergleichsweise schnelle Amortisation von Investitionen. Lebensqualität, Barrierearmut und höhere Zuverlässigkeit als bei Bussen, kommen noch hinzu.

Da diese Vorteile in den Außenbezirken schneller und wirksamer ausgespielt werden können, als in der verdichteten Innenstadt, fordern wir zusätzlich, dass die Planungen nicht mehr vom bestehenden Netz aus in Richtung der westlichen Bezirke geführt, sondern, wo erforderlich, auch umgekehrt als vorübergehende Insellösungen realisiert werden.